ADVANCED LIFT CONSULTANTS GMBH

Allgemeine Geschäftsbedingungen 2022 (AGB) gegenüber Unternehmern (Version 1.2022/1)

1. Geltungsbereich

1.1 Für die Geschäftsbeziehung zwischen der Advanced Lift Consultants GmbH (nachfolgend „Auftragnehmer“ bzw. „AN“ genannt) und dem Auftraggeber (nachfolgend „AG“ genannt), der **als Unternehmer** handelt, gelten ausschließlich die nachfolgenden AGB in ihrer zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung. Individualvereinbarungen gehen den AGB vor.

1.2 Der AG handelt als **Unternehmer**, wenn er eine natürliche oder juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft ist, die beim Abschluss des Vertrags in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 I BGB).

Der AG handelt als **Verbraucher**, soweit der Zweck der geordneten Lieferungen und Leistungen nicht überwiegend seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).

2. Abwehrklausel

Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen des AG werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der AN stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu.

3. Pflichten des Auftragnehmers

Der AN erbringt technische Beratungsleistungen für die herstellerunabhängige Planung und Ausführung von Projekten im Bereich der Fördertechnik. Die angebotenen Leistungen entsprechen dem Leistungsbild Technische Ausrüstungen nach Anlage 15 Nr. 15.1 zu § 55 Abs. 3 HOAI. Angebote des AN werden jeweils individuell an die Anforderungen und den Bedarf des AG unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und den aktuellen Stand der Technik angepasst. Vertragsgegenstand sind nur die von den Parteien ausdrücklich vereinbarten Leistungen.

4. Angebot und Unterlagen

4.1 Der AN stellt vor und bei Vertragsschluss grundsätzlich unverbindliche Kostenschätzungen aus. Ein in der Höhe verbindliches Angebot muss ausdrücklich als ein solches bezeichnet sein.

4.2 Alle Abreden zum Vertrag und seinen Bestandteilen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für Nachaufträge, Auftragsverlängerung und Abreden nach Vertragsschluss.

4.3 Für den Umfang der Leistungen des AN ist ausschließlich der unterzeichnete Vertrag zwischen AN und AG mit seinen Vertragsbestandteilen maßgeblich und verbindlich.

4.4 Der AN behält sich für seine Unterlagen sowie die Planungen alle Eigentums- und Urheberrechte vor. Soweit die vom AN erstellten Planungen und sonstigen Unterlagen bzw. Leistungsergebnisse dem Schutz des Urheberrechts unterliegen (im folgenden „Werke“), räumt der AN dem AG hieran ein einfaches, nicht übertragbares und nicht unterlizenzierbares Nutzungsrecht ein, soweit dies nach dem Vertragszweck erforderlich ist. Weitere Rechte werden nicht eingeräumt bzw. übertragen. Der AG darf die vom AN erstellten Werke nur vollständig, in unveränderter Form und nur für das im Vertrag beschriebene Projekt verwenden. Insbesondere ist eine Verwendung für weitere Projekte des Bauvorhabens oder sonstige Bauvorhaben ausschließlich mit schriftlicher Zustimmung des AN im Einzelfall zulässig.

4.5 Soweit der Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten in folgender Reihenfolge:

- der Vertrag;
- das Angebot des AN;
- diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen;
- die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsabschluss jeweils geltenden Fassung;
- die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen über den Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. BGB).

Im Falle von Widersprüchen oder Unklarheiten zwischen den oben genannten Grundlagen des Vertrages oder innerhalb einer Vertragsgrundlage gelten die allgemeinen Auslegungsgrundsätze. Im Zweifel gehen zeitlich spätere Bestimmungen/Festlegungen den früheren vor.

4.6 Der AN ist nicht verpflichtet, die Bauunterlagen länger als 10 Jahre nach Abnahme der letzten von ihm erbrachten Leistung aufzubewahren.

5. Vergütung

5.1 Die Honorarermittlung erfolgt, soweit diese anwendbar ist, auf Basis der HOAI in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung, wenn keine andere Berechnungsart (z.B. durch Pauschalsumme oder nach Stundensätzen) **ausdrücklich** vereinbart ist. Für nach Vertragsschluss beauftragte Leistungsstufen richtet sich das Honorar nach der zum

Zeitpunkt der späteren Beauftragung gültigen Fassung der HOAI. Es kann auch ein höheres oder niedrigeres Honorar als die in den Honorartafeln der HOAI enthaltenen Werte vereinbart werden.

5.2 Nur wenn AN und AG für die vertraglich vereinbarten Leistungen ausdrücklich eine feststehende Pauschalsumme vereinbart haben, die ausdrücklich als Pauschal- oder Festpreis bezeichnet wird, handelt es sich um einen Pauschalpreisvertrag.

5.3 Soweit vertragliche Leistungen nach Stundensätzen abzurechnen sind, gelten die nachfolgenden Sätze als vereinbart:

a) Geschäftsführer des AN:	netto 125 €/h
b) Mitarbeiter, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen:	netto 95 €/h
c) sonstige Mitarbeiter:	netto 70 €/h

5.4 Verlangt der AG Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, die der AN nach dem Vertrag, besonders den Technischen Vertragsbedingungen oder der gewerblichen Verkehrssitte, nicht zu beschaffen hat, so hat er sie zu vergüten. Lässt der AG vom AN nicht aufgestellte technische Berechnungen durch den AN nachprüfen, so hat er die Kosten zu tragen.

5.5 Die Nebenkosten des AN im Sinne von § 14 HOAI werden vom AG pauschal in Höhe von 10 Prozent des Nettogesamthonorars erstattet, wenn die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren.

5.6 Der AN hat zusätzlich Anspruch auf Bezahlung der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer.

6. Anpassung der Vergütung

6.1 Leistungsänderungen und zusätzliche Leistungen die zur Erreichung des vertraglichen Zieles erforderlich sind oder vom AG verlangt werden, sind angemessen zu vergüten. Hierbei gilt, dass für diese Leistungen vor Leistungserbringung eine Honorarvereinbarung in Textform auf Basis der HOAI getroffen werden soll, sofern diese anwendbar ist. Kommt zwischen den Parteien eine Honorarvereinbarung über diese Leistungen nicht zustande und werden die erbrachten Leistungen nicht über § 10 HOAI vergütet, kann der AN auch noch nach Durchführung dieser Leistungen eine Vergütung nach billigem Ermessen gem. §§ 316, 315 BGB verlangen, wenn die Leistungen durch den AG angeordnet werden.

6.2 Wird eine vertraglich vereinbarte Planungs- oder Bauzeit aus vom AN nicht zu vertretenden Gründen um mehr als 10 Prozent der ursprünglich vereinbarten Zeit oder drei Monate (Toleranzzeit) überschritten, so erhöht sich das auf die entsprechenden Leistungen entfallende vertragliche Honorar für den über die Toleranzzeit hinausgehenden Verzögerungszeitraum im Verhältnis zur ursprünglichen Planungs- oder Bauzeit nach folgender Berechnungsformel:

$$AH = VH + (VH \times Z1 / Z0)$$

Wobei:

- AH das angepasste Honorar für die entsprechende Leistung ist;
- VH das vereinbarte Honorar für die entsprechende Leistung ist;
- Z0 die ursprünglich vereinbarte Planungs- oder Bauzeit darstellt;
- Z1 den über die Toleranzzeit hinausgehenden Verzögerungszeitraum darstellt.

Mindestens aber sind dem AN die nachgewiesenen tatsächlichen Mehrkosten für diesen Zeitraum zu erstatten, wenn er die Planungs- oder Bauzeitverlängerung nicht zu vertreten hat.

7. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

7.1 Der AG hat den AN bei der Durchführung des Auftrags umfassend zu unterstützen, insbesondere Fragen in angemessener Frist zu beantworten und Entscheidungen so rechtzeitig zu treffen, dass die Planung und die Ausführung gegenüber dem vorgesehenen Ablauf nicht verzögert wird.

7.2 Der AG hat fachlich erforderliche Verträge und Vereinbarungen mit Dritten so rechtzeitig abzuschließen bzw. so rechtzeitig zu entscheiden, an wen weitere Planungs-, Bau- und sonstige Leistungen vergeben werden, dass die Planung und die Ausführung gegenüber dem vorgesehenen Ablauf nicht verzögert wird.

7.3 Der AG hat sämtliche baulichen und anderen Genehmigungen rechtzeitig zu bewirken und die Kosten hierfür zu tragen.

7.4 Der AG stellt sicher, dass sämtliche Betretungsrechte für die Durchführung von Begehungen, Vermessungen, Beweissicherungen und Bauleistungen rechtzeitig gewährt werden und die Mitarbeiter des AN

ADVANCED LIFT CONSULTANTS GMBH

Allgemeine Geschäftsbedingungen 2022 (AGB) gegenüber Unternehmern (Version 1.2022/1)

sicheren und ungehinderten Zugang zu der Immobilie sowie zu den relevanten Gebäudeteilen und Räumen haben. Sollte hierzu die Anwesenheit Dritter erforderlich sein, hat der AG dies zu koordinieren. Gleiches gilt für die Erlaubnis zur Durchführung von Fotografien, die zur Projektbearbeitung notwendig sind. Andernfalls hat der AG dem AN alle aufgrund der Pflichtverletzung anfallenden Kosten (Wartezeiten und Vorhaltungen) zu ortsüblichen und angemessenen Stundensätzen zu erstatten. Flur-, Wege- und sonstige unvermeidbare Sach- und Vermögensschäden bei Dritten im Zusammenhang mit der Projektbearbeitung sind vom AG zu übernehmen.

7.5 Sofern der AG die von ihm zu verantwortenden gesetzlichen oder vereinbarten Bedingungen für ein sicheres Arbeiten nicht herstellt und/oder für die Dauer der Begehung/Montage nicht aufrecht erhält, ist der AN nach einmaligem schriftlichem Hinweis an den AG oder den Vertreter des AG vor Ort berechtigt, die Montagearbeiten bzw. alle Leistungen, die eine Begehung voraussetzen, mit sofortiger Wirkung so lange zu unterbrechen, bis ein den Regeln der Arbeitssicherheit entsprechender Zustand vom AG hergestellt wurde. Die so verursachten Zeiten der Verzögerung verschieben das vereinbarte Fertigstellungsdatum und gelten als vom AG zu vertreten.

7.6 Der AG ist verpflichtet, den AN rechtzeitig auf Gebäudeteile und Materialien hinzuweisen, die im Sinne der Gefahrstoffverordnung belastet sind und mit denen der AN in Berührung kommt. Erfolgt die Information erst nach Angebotsabgabe und/oder Vertragsabschluss, hat der AG alle Mehrkosten für notwendige Schutzmaßnahmen und Materialentsorgung zusätzlich zu tragen.

7.7 Der AG erklärt nach Aufforderung durch den AN in Textform sein Einverständnis mit bereits erbrachten Leistungen (Freigabeerklärung). Der AN kann dem AG eine angemessene Frist zu dieser Erklärung setzen (Erklärungsfrist). In der Aufforderung ist der AG darauf hinzuweisen, dass die erbrachten Leistungen nach Ablauf der Erklärungsfrist die Grundlage und Zielvorstellung der weiteren Leistungen darstellen. Widerspricht der AG einem ihm übergebenen Leistungsergebnis (Plänen, Vergabeunterlagen oder sonstigen Unterlagen) des AN nicht innerhalb der Erklärungsfrist, so gelten die Leistungen als freigegeben.

7.8 Im Interesse eines reibungslosen Bauablaufs soll der AG Weisungen an die am Bau Beteiligten nur im Einvernehmen mit dem AN erteilen.

7.9 Mehraufwendungen infolge unzureichender Ausführungsbedingungen gehen, nach vorheriger Anzeige durch den AN, vollständig zu Lasten des AG.

8. Leistungszeit, Ausführungsfristen

8.1 Der AN ist zur Aufnahme der vertraglich vereinbarten Leistungen erst nach Übergabe der vertraglich vereinbarten und von dem AG zu liefernden Unterlagen verpflichtet, soweit die Parteien nicht etwas anderes vereinbart haben.

8.2 Die Ausführung ist nach den verbindlichen Fristen (Vertragsfristen) zu beginnen, angemessen zu fördern und zu vollenden.

8.3 Vertragsfristen sind für den AN nur verbindlich, wenn alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen und ein ungehinderter Baubeginn auf der Baustelle gewährleistet ist, soweit dies für die Erbringung der in der jeweiligen Leistungsphase vertraglich vorgesehenen Leistungen erforderlich ist.

8.4 Ist für den Beginn einer vereinbarten Leistung keine Frist vereinbart, so hat der AG dem AN auf Verlangen Auskunft über den voraussichtlichen Beginn zu erteilen.

8.5 Werden während der Ausführung der vertraglichen Leistung geänderte und/oder zusätzliche Leistungen ausgeführt, sind neue Termine unter Berücksichtigung der Ausführungsdauer solcher Leistungen schriftlich festzulegen.

8.6 Ist der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so zeigt er es dem AG unverzüglich in Textform an.

8.7 Ausführungsfristen werden verlängert, soweit die Behinderung verursacht ist durch:

- einen Umstand aus dem Risikobereich des AG,
- Streik oder eine von der Berufsvertretung der AG angeordnete Aussperrung im Betrieb des AN oder in einem unmittelbar für ihn arbeitenden Betrieb,
- höhere Gewalt oder andere für den AN unabwendbare Umstände z.B. eine Epidemie oder Pandemie.

Dies gilt auch für Umstände, die bei einem der Nachunternehmer des AN eintreten.

8.8 Der AN bleibt auch nach Ablauf der vereinbarten Ausführungsfristen zur Erbringung der ihm übertragenen Leistungen verpflichtet. Bei einer Überschreitung der vereinbarten Planungs- oder Bauzeit wird die Vergütung unter den Voraussetzungen von Ziff. 5.2 angepasst.

9. Abnahme, Teilabnahme

9.1 Verlangt der AN nach der Fertigstellung – ggf. auch vor Ablauf der vereinbarten Ausführungsfrist – die Abnahme der Leistung, so hat sie der AG binnen 12 Werktagen durchzuführen.

9.2 Der AN kann ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen. Insoweit sind nur Bauunternehmerleistungen maßgeblich, zu denen der AN einen Leistungsbezug hat.

9.3 Unabhängig von Ziff. 8.2 kann der AN nach vertragsmäßiger Erbringung seiner in der Leistungsphase 8 (i.S.v. § 55 HOAI) erbrachten Leistungen eine Teilabnahme seiner bis dahin erbrachten Leistungen verlangen.

9.4 Die Abnahme wird nicht von der Übergabe der Revisionspläne und sonstiger Unterlagen abhängig gemacht.

9.5 Das Werk gilt als abgenommen, wenn der AN dem AG nach Fertigstellung des Werks eine angemessene Frist zur Abnahme gesetzt hat und der AG die Abnahme nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert hat.

10. Abrechnung

10.1 Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden binnen 14 Tagen nach Zugang der prüfbaren Aufstellung fällig.

10.2 Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird fällig, wenn der AG das Werk abgenommen hat oder die Abnahme nach § 641 Abs. 2 BGB entbehrlich ist und der AN dem AG eine prüffähige Schlussrechnung erteilt hat. Die Schlussrechnung gilt als prüffähig, wenn der AN nicht innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung begründete Einwendungen gegen ihre Prüffähigkeit erhoben hat.

10.3 Skontoabzüge sind unzulässig, sofern nicht anders schriftlich oder in Textform vereinbart.

10.4 Bei Zahlungsverzug oder Einstellung von Zahlungen durch den AG an den AN ist der AN berechtigt, die Leistungserbringung sofort einzustellen, die Restschuld sofort fällig zu stellen und den Vertrag zu kündigen.

11. Vertragsstrafen

Hat der AG die Leistung abgenommen, so kann er eine Vertragsstrafe nur verlangen, wenn er dies bei der Abnahme vorbehalten hat.

12. Bauhandwerkersicherung nach §§ 650q Abs. 1, 650f BGB

Der AN kann vom AG Sicherheit nach §§ 650q Abs. 1, 650f BGB, für die auch in Zusatzaufträgen vereinbarte und noch nicht gezahlte Vergütung einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen, die mit 10 Prozent des zu sichernden Vergütungsanspruchs anzusetzen sind, verlangen. Hat der AN dem AG erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung der Sicherheit nach §§ 650q Abs. 1, 650f Abs.1 BGB bestimmt, so kann der AN die Leistung verweigern oder den Vertrag kündigen. Kündigt der AN den Vertrag, ist er berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; der AN muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder böswillig zu erwerben unterlässt. Es wird vermutet, dass danach dem AN 5 Prozent der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung zustehen.

13. Vertragliche Sicherheiten

Soweit die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren, ist der AN nicht verpflichtet für die vertragsgemäße Erbringung seiner Leistungen Sicherheit (insb. in Form von Ausführungsbürgschaften, Gewährleistungsbürgschaften usw.) zu leisten.

14. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht

Der AG ist zur Aufrechnung, Zurückbehaltung sowie zur Einrede des nicht erfüllten Vertrags nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, anerkannt oder unbestritten sind. Das Recht des AG zur Aufrechnung besteht uneingeschränkt, soweit seine aufgerechnete Forderung mit der Hauptforderung synallagmatisch verknüpft ist.

15. Arbeitskräfte und Nachunternehmer des AN

15.1 Der AN ist verpflichtet, keine Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) und/oder keine Mitarbeiter einzusetzen, die nicht im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis und/oder eines gültigen Sozialversicherungsausweises sind.

ADVANCED LIFT CONSULTANTS GMBH

Allgemeine Geschäftsbedingungen 2022 (AGB) gegenüber Unternehmern (Version 1.2022/1)

15.2 Der AN verpflichtet sich auch gegenüber dem AG, seine Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns und zur Abführung der Urlaubskassenbeiträge nach dem Arbeitnehmerentgeltgesetz (AEntG) und den danach auf dem Betrieb des Auftragnehmers anwendbaren tariflichen Bestimmungen zu erfüllen.

15.3 Der AN ist grundsätzlich berechtigt, Leistungen durch Nachunternehmer erbringen zu lassen, wenn die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbaren.

16. Haftungsbeschränkung

16.1 Der AN haftet dem AG stets:

- für die von ihm sowie seinen gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden,
- nach dem Produkthaftungsgesetz
- für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die der AN, seine gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben

16.2 Der AN haftet bei leichter Fahrlässigkeit nicht, außer soweit eine wesentliche Vertragspflicht verletzt wurde, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht oder deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf.

17. Schadensbeseitigungsrecht

Wird der AN wegen eines Schadens an den Anlagen oder am Bauwerk auf Schadensersatz in Geld in Anspruch genommen, kann er vom AG verlangen, dass ihm die Ingenieurleistungen für die Beseitigung des Schadens (z. B. Sanierungsplanung, Ausschreibung der Sanierungsarbeiten sowie Objektüberwachung der Sanierungsarbeiten) übertragen werden, soweit dies dem AG nicht unzumutbar ist. Satz 1 gilt nicht, wenn der AG eine Beseitigung des Schadens selbst nicht (mehr) vornehmen will.

18. Doppelte Schriftformklausel

Änderungen und Ergänzungen dieser AGB bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Schriftformerfordernis.

19. Anwendbares Recht

Es findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WÜRV) vom 23. Mai 1969 Anwendung.

20. Gerichtsstandsvereinbarung

Für den Fall, dass der AG Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist Berlin der ausschließliche Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen dem AN und dem AG.

21. Salvatorische Klausel

Erweist sich eine Bestimmung als unwirksam oder nichtig, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen AGB nicht.